Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14 Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 256. | Dresden, Freitag den 4. November 1910. | 21. Jahrg.

Der Separatistenkongreß.

-th- Wien, 3. November.

Der tschechische Gewerkschafts-Kongreß, der in Prag am Sonntag, Montag und Dienstag versammelt war, sollte die Antwort sein auf den Wiener Kongreß der Gewerkschaften Oesterreichs, aber er sollte es nicht scheinen. Mit unleugbar geschickter Regie hatte man die Zahl der Verhandlungstage beschränkt, und da nun in drei, genauer genommen in zwei, Sitzungen alle Angelegenheiten erörtert werden mußten, wurde die eine, der alles Interesse sich zuwandte, fast auf die Kundgebungen der führenden Männer beschränkt. In Wien ertönten zwei Tage lang die Klagen der tschechischen Zentralisten über die von den Separatisten erlittenen Mißhandlungen. Man erwartete die Gegenklagen; aber die Separatisten haben es nicht nötig, auf einem Gewerkschaftskongreß sich in die Oeffentlichkeit zu flüchten, ihnen steht der gesamte Parteiapparat zur Verfügung und die Presse, die seit Monaten kein angelegeneres Geschäft hat als die „Auseinandersetzung" mit den tschechischen Zentralisten und den Deutschen. So konnte man die Debatte einschränken und das Bild geschlossenster Einheit bieten.

An der Tendenz der Unversöhnlichkeit änderte dies natürlich garnichts. Die auf dem Kongreß beschlossene Resolution bringt nur in diplomatisch gehaltener, von persönlichen Ausfällen freier Sprache wieder, was heftig polternde Leitartikel der tschechischen Separatisten-Presse nach dem Wiener Kongreß gleichfalls ausgesprochen hatten: wir halten in allen Punkten an unserem schon in Kopenhagen verkündeten Standpunkt fest. Wieder wird der Sinn des Stuttgarter und des Kopenhagener Kongresses auf die einheitliche Führung des Kampfes (statt der einheitlichen gewerkschaftlichen Organisation) beschränkt. Wieder wird die in Kopenhagen verworfene Auslegung des Stuttgarter Beschlusses, aus dem die Separatisten die Notwendigkeit der Spaltung deduzieren, wie etwas Selbstverständliches vorgebracht. Die tschechische Gewerkschaftskommission erscheint als die einzige berechtigte Zentrale der tschechischen Gewerkschaftsbewegung. Nur ein gemeinsames Zusammenwirken bei Lohnkämpfen wird angeboten, also gerade das, was der Wiener Kongreß, angepaßt an die Kopenhagener Beschlüsse, als unzureichend erkannt hatte. Die Bereitschaft zu Verhandlungen wird zwar in der Resolution ausgesprochen, zugleich aber mit sehr scharfer Betonung ihre Aussichtslosigkeit hervorgehoben. Der internationalen Gewerkschaftsorganisation wird „hartnäckige Unnachgiebigkeit und Nichtverstehen des Wesens der Dinge", dem Wiener Gewerkschaftskongreß, daß er den Arbeitern nur das Diktat und den Krieg empfehle, vorgeworfen.

Wenn es noch bei solchem Wortlaut der Resolution eines Kommentars bedürfte, hat ihn weniger der gemäßigter sprechende Gewerkschaftsführer Faperle als der Abgeordnete Nemec geliefert. Er führte aus, das Wiener tschechische sozialdemokratische Blatt Delnicka Listy wünsche zwar, man möchte über den Wiener Kongreß womöglich gar nicht sprechen, aber in Prag hätten die Separatisten andere Interessen. In Wien habe man die tschechische Partei als eine Diebesbande hingestellt; der Wiener Kongreß pflanze den Geßlerhut auf: entweder sich unterwerfen oder rücksichtsloser Kampf. Die Resolution zur Abwehr der an Adler begangenen Verleumdungen sei „die größte Felonie" gewesen. Warum habe Kopenhagen gerade diese Frage entschieden? Noch eine solche Entscheidung und die Internationale sei ein Schutz der großen Nationen zur Niederhaltung der kleineren. Was die Verhandlungen betrifft, die in den nächsten Tagen beginnen sollen, so sagte Nemec wörtlich: „Ich meine, daß diese Verständigungskonferenzen einen sehr kurzen Verlauf nehmen werden. Die deutschen Genossen haben uns ihr Programm auf dem Wiener Gewerkschaftskongreß kundgetan, und wenn sie uns dieses Programm vorlegen werden, werden wir einfach sagen, daß wir auf etwas Derartiges nicht eingehen können, und die Verständigungskonferenzen werden zu Ende sein." Der Ton dieser Rede konnte nicht überraschen. Einige Tage vorher hatte ja Nemec im Pravo Lidu erklärt: den deutschen Genossen läge mehr an ihrem Primat als an der Kraft und Macht der gewerkschaftlichen Bewegung. Nur derjenige Tscheche, der die eigenen Volksgenossen verleumde, erfreue sich ihres Vertrauens. Sie strebten bloß danach, alle Geldmittel in Wien zu konzentrieren und darüber frei zu verfügen.

So spricht und schreibt der angesehenste tschechische Genosse, der sicherlich auf die Verständigungskonferenzen bestimmenden Einfluß haben wird. Danach bemesse man die Aussichten der Aktion. Ein wichtiges Eingeständnis hörte man auf dem Kongreß. Der Bericht des separatistischen Gewerkschaftssekretärs Steiner gibt an, daß die „autonomen" Gewerkschaften 42 000 Mitglieder zählen. Dagegen sagte der Abg. Johannis: „Wir lesen in unseren Blättern unaufhörlich Proteste gegen Dr. Adler, weil er in Kopenhagen erklärte, im Namen von 118 000 tschechischen Arbeitern zu sprechen. Aber Adler hat wirklich im Namen von 118 000 tschechischen Arbeitern gesprochen, die in den zentralen Organisationen sind. Statt zu protestieren, sorgen wir lieber dafür, daß die 118 000 zu uns kommen. Sprechen wir auch nicht immer von den bezahlten Sekretären der Zentralverbände; das ist kein Argument, denn auch wir haben bezahlte Sekretäre." Dabei gehört Johannis zu den allerentschiedensten Separatisten, nur will er die sonnenklare Wahrheit nicht bestreiten. Hätte der Separatistenkongreß nicht jede Polemik mit den zentralistischen Tschechen weise vermieden, so würde wohl auch manches Bekenntnis laut geworden sein.

Zentrum gegen Reichstagsrecht.

Das berüchtigte Rechtsgutachten der Nordd. Allgem. Zeitung, das dem Reichstag das Recht abspricht, bei dem Verkauf von Reichsvermögen mitzureden, findet den lebhaften Beifall der Zentrumspresse. Nach allem, was man von der schwarzen Partei in den letzten Jahren an politischer Gesinnungslumperei erlebt hat, kann die neueste Leistung ja nicht mehr wundernehmen. Man muß auch damit rechnen, daß die Zentrumsfraktion des Reichstags das Verhalten des preußischen Kriegsministeriums in der Frage des Tempelhofer Feldes billigen wird.

Das Zentrum hat allerdings kein Recht, sich über Wortbruch zu entrüsten, es kann sich auch nicht darob beklagen, daß ein anderer gegen Treu und Glauben handelt. Der preußische Kriegsminister wäre sonst wohl berechtigt, seinen schwarzen Kritikern das Wort vom Splitter und vom Balken zu zitieren. Von der verlogensten, treulosesten Partei des Deutschen Reiches kann man nicht erwarten und verlangen, daß sie irgendeine Sache aus moralischen Gesichtspunkten betrachtet.

Aber die preußische Militärverwaltung hat nicht nur ihr Wort gebrochen, sie hat nicht nur gegen Treu und Glauben gehandelt, sondern sie hat auch ein von ihr selber in der Sitzung der Budgetkommission vom 10. Februar anerkanntes Recht des Reichstags mißachtet. Und wenn das Zentrum hilft, die Macht des Reichstags zu schwächen, wenn es Reichstagsrechte verräterisch preisgibt, gibt es damit auch den letzten Rest seiner besseren Traditionen preis.

Es gehört zu den üblichen Fechterkunststücken des Zentrums, wenn es die Sache so darstellt, als handle es sich den Gegnern der preußischen Militärverwaltung darum, dem freisinnigen Berliner Stadtregiment einen Gefallen zu erweisen. Die Entscheidung, die in der Tempelhofer Frage fällt, wird aber der Reichshauptstadt noch fühlbar sein, wenn das freisinnige Stadtregiment längst verschwunden sein wird. Die ganze Bevölkerung Groß-Berlins, ohne Unterschied der Partei, hegt den dringenden Wunsch, daß der Reichstag den eigenmächtigen Schritt der Militärverwaltung korrigieren möge. Wenn nun ein Staatsrechtslehrer von der Bedeutung Labands, ein Mann, dem man viel eher außerordentliche Schmiegsamkeit gegen die Wünsche der Regierung als starre Oppositionslust vorwerfen kann, es sozusagen auf seinen Gelehrteneid nimmt, daß der Reichstag das Recht hat, die Vorlegung des Tempelhofvertrags zur Genehmigung zu verlangen, nimmt es sich sehr schlecht aus, wenn die stärkste Reichstagsfraktion dem Reichstage dieses Recht bestreitet.

Aber das Zentrum ist nun einmal die Partei der unbegrenzten taktischen Möglichkeiten, die Partei, deren einziges Prinzip es ist, auf alle Prinzipien zu pfeifen. Seine Wähler behandelt es, als ob das keine denkenden, fühlenden Menschen, sondern Holzklötze wären, die man nach Belieben dahin und dorthin schiebt. Heute liegt das Zentrum, dessen süddeutsche Fraktionen sich sonst auf die Partikularisten ausspielten, vor dem Preußentum in seiner abstoßendsten, brutalsten Form bäuchlings auf der Erde. Es hilft jetzt dem preußischen Kriegsminister das Reichsrecht zu brechen und feiert den preußischen Polizeisäbel, wie es vor ein paar Monaten im Bunde mit den Junkern dem Dreiklassenwahlrecht hilfreich beigestanden hat.

Was sagt man in Süddeutschland zu dieser Wandlung? Hat man sie dort etwa noch nicht bemerkt, oder hat man sich zur Pickelhaube bekehrt? Sind die Geduld und das blinde Vertrauen der Zentrumsherde unerschöpflich?

Das Fazit der Cholera.

Eine Welle der Choleraerkrankungen ist wieder einmal über Rußland hingegangen. Als die Epidemie im August ihren Höhepunkt erreichte, war es kein geringerer als der bekannte Choleraforscher Professor Dr. Rudolf Kraus, der in der Neuen Freien Presse eine gemeinsame Aktion der europäischen Länder gegen Rußland, eine Art Sanitätsdelegierung nach Art der Genfer Konvention forderte, um gegen die Seuchengefahr aus dem Osten anzukämpfen. Und auch in Rußland schien es für kurze Zeit, als wolle sich die Regierung zum Kampf gegen die Cholera aufraffen, die das Land mit einer Katastrophe bedrohte. Nun aber, wo die Cholerabulletins nur von Hunderten statt der früheren Zehntausende berichten, hat sich auch die Erregung in den westeuropäischen Staaten gelegt, die Drohungen mit einer gemeinsamen Aktion gegen Rußland sind auf dem Papier geblieben, und in Rußland selbst geht alles wieder seinen gewohnten Gang, ohne daß auch nur die geringsten Maßregeln getroffen worden sind, um die Seuchengefahr im nächsten Frühling abzuwenden. Es wäre auch ein zweckloses Beginnen, wollte die Petersburger Regierung den Kampf gegen die Cholera mit Palliativmitteichen aufnehmen. Die Cholera ist eine notwendige Folgeerscheinung des gesamten, durch und durch verfaulten absolutistischen Regierungssystems, und nur mit der Beseitigung des letzteren wäre ein erfolgreicher Kampf gegen die Cholera möglich. Solange die heutigen Verhältnisse in Rußland andauern, wird die Epidemie jährlich in verstärktem Maße wiederkehren und ständig eine furchtbare Gefahr für die westeuropäischen Staaten darstellen.

Interessante Angaben über den Verlauf der diesjährigen Epidemie wie die Art und Weise ihrer „Bekämpfung" liefert ein Artikel in der Moskauer marxistischen Zeitschrift Sbisnj, für den der Redakteur vom Stadthauptmann mit einer Strafe von 500 Rubel bedacht wurde. Die Epidemie von 1910 hat die in den vorhergehenden Jahren stattgefundenen weit in den Schatten gestellt. 1908 forderte die Cholera in Rußland zirka 17 000 Opfer, 1909 bereits 28 000, und in diesem Jahre belief sich die Zahl der Erkrankten nur bis zum 20. August auf 170 353, von denen 77 466 starben! Dies sind die offiziellen Angaben, die natürlich die wirklichen weit hinter sich zurücklassen, da es zu den Gebräuchen der russischen Bureaukratie gehört, Nachrichten über eine unliebsame Erscheinung zuerst zu unterdrücken und dann auf die schmählichste Weise zu fälschen. Aber selbst nach diesen unvollständigen Angaben ergibt sich ein entsetzliches Bild der Verwüstungen die die Epidemie angerichtet hat. Bloß in vier Gouvernements, wo die Cholera am ärgsten wütete (Kubangebiet, Dongebiet, Jekaterinoslaw und Samara), erkrankten bis zum 20 August 68 612 Personen, von denen 32 483 starben. Der Prozentsatz der Todesfälle, der sich im Durchschnitt auf 45,5 Prozent belief, illustriert am besten die vollkommene Hilflosigkeit, in der die Bevölkerung sich befand, und die Art und Weise, wie dieses nationale Unglück von der Regierung „bekämpft" wurde.

Es versteht sich von selbst daß der ungeheure Teil der Opfer sich aus den ärmsten Klassen der Bevölkerung aus den Arbeitern und Bauern, rekrutierte. Bei der sanitären Rückständigkeit der russischen Städte, von denen nur ein Sechstel Wasserleitungen und ein Dreißigstel Kanalisation besitzt, bei der Herrschaft der reaktionärsten Elemente der Bourgeoisie in den städtischen Körperschaften ist es kein Wunder, daß gerade die Städte, und vor allem die Haupt- und Residenzstadt Petersburg, zum Ausgangspunkt der Seuche wurden, die sich dann über das ganze Land verbreitete und in dem gewaltsam in Finsternis und Unkultur zurückgehaltenen russischen Dorf die zahlreichsten Opfer forderte. Ihren Höhepunkt erreichten die Schrecknisse der Epidemie in dem Rayon der südrussischen Montanindustrie, wo die Sterblichkeitsziffer eine solche Höhe erreichte, daß die Arbeitermassen schließlich zu dem einzigen Mittel der Selbsthilfe griffen, indem sie fluchtartig die Bergwerke verließen.

Der Verlauf der Epidemie in diesem Rayon ist überhaupt charakteristisch für die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der russischen Arbeiterschaft und der Haltung der russischen Bourgeoisie gegenüber der Arbeiterklasse. Der Dumaabgeordnete Genosse Kusnezow, der die von der Cholera betroffenen Kreise des Gouvernements Jekaterinoslaw persönlich besuchte, schreibt über die Lebensbedingungen der Bergarbeiter folgendes: „95 Prozent der Arbeiter des Donetzgebietes leben in Fabrikhäusern und Kasernen, die nur einen Lehmboden haben; die Arbeiter schlafen auf dem nackten Fußboden, einige Personen in einem kleinen Raum. Der Mangel an Speiseräumen auf den Fabriken und vor allem auf den Bergwerken, die niedrigen Arbeitslöhne, oft der Mangel an Trinkwasser, die Unkultur der Arbeiterbevölkerung — alle diese Bedingungen spielten bei der Choleraepidemie die wichtigste Rolle. . . . Die Elendsbilder, deren Zeuge ich war, wurden ergänzt durch die Massenflucht der Arbeiter . . . die Arbeiter flüchteten, selbst ohne ihren Lohn abgeholt zu haben, nur um von den Bergwerken und Fabriken fortzukommen. Vom Morgen bis spät in die Nacht schleppten sie sich mit all ihrem Hausgerät zu den Bahnhöfen. Einen besonderen Massencharakter nahm diese Flucht Anfang Juli an, als die Epidemie ihren Höhepunkt erreichte. Das war eine wahre Völkerwanderung: die Eisenbahnzüge konnten die Flüchtenden nicht aufnehmen, die selbst für ihre letzten Groschen Billette zweiter Klasse lösten, um schneller fortzukommen." Nach den Angaben der industriellen Verbände blieben auf 18 großen Kohlenbergwerken zum 13. Juli von 95 000 Arbeitern bloß 28 000 zurück. Diese Erscheinung versetzte die Unternehmer in Entsetzen. Solange die Arbeiter ruhig an der Cholera starben, waren die Unternehmer ruhig. Es gab ja genügend Arbeitslose, die an die Stelle der Gestorbenen treten konnten. Aber die Flucht der Arbeiter vernichtete alle Berechnungen der Kapitalisten. Sie hatten sich nicht die geringsten Gewissensbisse gemacht die Arbeiter in gesundheitsschädlichen Löchern und Hütten wie das liebe Vieh zusammenzusperren, ihren Arbeitslohn zu kürzen, ihre Arbeitszeit zu verlängern, sie durch Strafen und sonstige Maßnahmen zu terrorisieren, sie aller ihrer Hilfsmittel zu berauben, die die Selbsttätigkeit der Arbeiter fördern konnten. Aber als die Massenflucht der Arbeiter einsetzte und der Betrieb auf den meisten Werken eingestellt werden mußte, schrien die Kapitalisten Zetermordio und appellierten an die Petersburger Regierung, um der bedrohten südrussischen Montanindustrie zu Hilfe zu kommen. Und nun spielte sich eine Komödie ab, die das Elend der russischen Verhältnisse kraß hervortreten ließ. Die Regierung entsandte an der Spitze einer Sanitätsabteilung des Roten Kreuzes den Vorsitzenden des Medizinalrates Professor Klein mit außerordentlichen Vollmachten ausgerüstet, nach dem Epidemierayon. Die Montanindustriellen atmeten auf, da sie sich der Hoffnung hingaben, daß die Regierung nun auch die Kosten des Kampfes gegen die Cholera auf sich nehmen werde. Hier aber erwies sich die Regierung unbeugsam und konsequent. Der Vertreter der Regierung verlangte, daß Speiseräume für die Arbeiter eingerichtet, ihre Wohnungen verbessert würden, da sonst die Epidemie nicht bekämpft werden könne. Die Industriellen aber erklärten daß diese Maßnahmen die Montanindustrie zugrunde richten müsse und entsandten ihre Delegierten mit Protesten und Denunziationen nach Petersburg.

Die Arbeitermassen waren natürlich jeder Möglichkeit beraubt, selbständig den Kampf gegen die Cholera aufzunehmen. Da fast sämtliche Gewerkschaften und sonstigen Arbeiterorganisationen in diesem Gebiet vernichtet sind, stand die Arbeitermasse, deren Kulturniveau hier ohnedies niedriger ist als sonst, vollständig desorganisiert der Epidemie gegenüber. Als aber der Abgeordnete des Gouvernements, Genosse Kusnezow, um die Genehmigung nachsuchte die Bergwerke und Fabriken aufzusuchen, um wenigstens persönlich auf die erregte Arbeitermenge einzuwirken, erhielt er von dem stellvertretenden Gouverneur folgenden klassischen Bescheid: „Ihre Ankunft wird un-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19101104/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG